

Stadt Bitterfeld-Wolfen
Rathausplatz 1
06766 Bitterfeld-Wolfen

Sitzungsniederschrift

Der Haupt- und Finanzausschuss führte seine 43. öffentliche/nicht öffentliche Sitzung am Donnerstag, dem 13.10.2011, in Bitterfeld-Wolfen, Ortsteil Wolfen, Rathausplatz 1, Rathaus, Beratungsraum 212, von 18:00 Uhr bis 21:50 Uhr, durch.

Teilnehmerliste

stimmberechtigt:

Vorsitz

Petra Wust

Mitglied

Dr. Wolfgang Baronius

i.V. von Herrn Lars-Jörn Zimmer

Günter Herder

Bernd Kosmehl

i.V. von Herrn Klaus-Ari Gatter

André Krillwitz

Gisela Lorenz

Jens Tetzlaff

Dr. Holger Welsch

Mitarbeiter der Verwaltung

Rolf Hülßner

GBL Finanzwesen

abwesend:

Mitglied

Klaus-Ari Gatter

Lars-Jörn Zimmer

Die Mitglieder waren durch Einladung auf Donnerstag, den 13.10.2011, unter Mitteilung der Tagesordnung geladen worden.
Zeit, Ort und Tagesordnung der Sitzung waren öffentlich bekanntgegeben worden.

Bestätigte Tagesordnung:

1	Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit	
2	Änderungsanträge zur Tagesordnung und Feststellung der Tagesordnung	
3	Genehmigung der Niederschrift der letzten Sitzung vom 15.09.11	
4	Haushalt der Stadt Bitterfeld-Wolfen	
5	Informationen durch Frau Köckeritz, Vorsitzende des AZV "Westliche Mulde"	
6	Vorbereitung der Stadtratssitzung am 19.10.11	
6.1	6. Satzung zur Änderung der Satzung der Stadt Bitterfeld-Wolfen über die Entschädigung für ehrenamtlich tätige Bürgerinnen und Bürger (Aufwandsentschädigungssatzung) vom 18.07.2011	Beschlussantrag 174-2011
6.2	Änderung der Satzung der Stadt Bitterfeld über die Benutzung der Städtischen Notunterkünfte	Beschlussantrag 170-2011
6.3	4. Satzung zur Änderung der Satzung der Stadt Bitterfeld über die Erhebung von Gebühren für die Städtischen Notunterkünfte	Beschlussantrag 175-2011
6.4	Satzung der Stadt Bitterfeld-Wolfen über die Benutzung der Städtischen Notunterkünfte	Beschlussantrag 176-2011
6.5	Satzung der Stadt Bitterfeld-Wolfen über die Erhebung von Gebühren für die Städtischen Notunterkünfte	Beschlussantrag 177-2011
6.6	Abwägung der Stellungnahmen zur Aufhebungssatzung des Bebauungsplanes Nr. 003 "Marler Platz" im Ortsteil Bitterfeld.	Beschlussantrag 188-2011
6.7	Satzungsbeschluss zur Aufhebung des Bebauungsplanes Nr. 003 "Marler Platz" im Ortsteil Bitterfeld	Beschlussantrag 189-2011
6.8	1. Änderung zum Bebauungsplan "Wassersportzentrum" im OT Bitterfeld, hier: Zwischenabwägung der Stellungnahmen	Beschlussantrag 193-2011
6.9	1. Änderung und Ergänzung des Bebauungsplans "Wassersportzentrum" im OT Bitterfeld, hier: Billigung und erneute Auslegung	Beschlussantrag 194-2011
6.10	Reduzierung der Tiergehege aus kommunaler Trägerschaft von drei Tiergehegestandorten auf ein Tiergehege	Beschlussantrag 195-2011
7	Mitteilungen, Anfragen, Anregungen, Berichte	
8	Schließung des öffentlichen Teils	

<p>zu 1</p>	<p>Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit</p> <p>Die Oberbürgermeisterin, Frau Wust, eröffnet die Sitzung und stellt die Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit fest. Es sind 8 Ausschussmitglieder bzw. Stellvertreter anwesend; der Ausschuss ist beschlussfähig.</p>	
<p>zu 2</p>	<p>Änderungsanträge zur Tagesordnung und Feststellung der Tagesordnung</p> <p>Die Tagesordnung wird in der vorliegenden Fassung bestätigt.</p> <p style="text-align: right;">einstimmig beschlossen</p>	<p>Ja 8 Nein 0 Enthaltung 0</p>
<p>zu 3</p>	<p>Genehmigung der Niederschrift der letzten Sitzung vom 15.09.11</p> <p>Zur Niederschrift des HFA vom 15.09.11 gibt es keine Einwände; die Niederschrift wird bestätigt.</p> <p style="text-align: right;">mehrheitlich beschlossen</p>	<p>Ja 6 Nein 0 Enthaltung 2</p>
<p>zu 4</p>	<p>Haushalt der Stadt Bitterfeld-Wolfen</p> <p>Der GBL Finanzwesen, Herr Hülßner, informiert über folgende Punkte:</p> <p>Die derzeitige Liquidität der Stadt beläuft sich mit Stand 13.10.11 auf minus 58,5 Mio EUR.</p> <p>Zur Stundung der Kreisumlage liegt ein Bescheid des Landkreises vor. Insgesamt sind 72.972,12 EUR Zinsen zu zahlen. Dabei wurde vom Landkreis allerdings nicht der mögliche volle Zinssatz berechnet, sondern der variable Zinssatz für seine Kassenkredite, gebunden an den EURIBOR plus ein Zinsaufschlag in Höhe von 0,05 %, weitergereicht. Die Zinsen bewegten sich somit zwischen ca. 0,5 bis 1,5 %, so wie die der städtischen Kassenkredite in diesem Zeitraum auch. Ein Verzicht auf eine Zinsberechnung im Rahmen seines Ermessens ist dem Landkreis aufgrund seiner eigenen Haushaltslage nicht möglich. Es gibt somit keine haushaltsrechtlichen Anhaltspunkte, die Rechtsmittel zu nutzen. Die Zinsen werden im benannten Umfang gezahlt.</p> <p>Zur Planung 2012 sind folgende Termine vorgesehen:</p> <p>Am 3.11.11 wird der Redaktionsschluss zum Haushalt 2012 sein. Der Haushaltsplan geht am 14.11.11 einschließlich Konsolidierungskonzept in den Druck und wird Ende November an alle Stadträte und Ortsbürgermeister verteilt. Die Anhörung der Ortsbürgermeister zum Haushalt wird am 5.12.11 durchgeführt. Die weiteren Anhörungen in den Ortschaftsräten finden nach Bedarf statt. Die Behandlung des 1. Entwurfs ist im HFA am 08.12.11 vorgesehen. Am 14.12.11 wird im Stadtrat der Entwurf der HH-Satzung 2012 zur 1. Beratung vorgelegt. Nach dem momentanen Stand sei allerdings von einer Beschlussfassung zu dieser Stadtratssitzung noch nicht auszugehen, da die Ziele der Haushaltskonsolidierung gemäß den Auflagen der Kommunalaufsicht mit diesem Entwurf noch nicht erreicht sind. Zunächst sollen sich die Ausschüsse bzw. die Arbeitsgruppe Haushaltskonsolidierung intensiv damit auseinandersetzen. Man habe sich zunächst eine Reduzierung des Defizits auf minus 17,7 Mio. EUR zum Ziel gesetzt. Hinsichtlich der Planung für 2012 sei man allerdings erst bei einem Stand von minus 21,5 Mio. EUR. Ursachen dafür liegen u.a. in den</p>	

Prognosen für die FAG-Kennziffern. Dazu gibt es derzeit zu wenige Vorgaben. Des Weiteren ist bei den Bewirtschaftungskosten ein Mehrverbrauch im Jahre 2011 zu verzeichnen, wobei noch nicht analysiert wurde, welche Dinge sich konkret dahinter verbergen.

Herr Hülßner informiert ferner, dass gestern im Bau- und Vergabeausschuss das Thema bauliche Investitionen auf der Tagesordnung stand. Nach wie vor sei ein Defizit von 1,5 Mio. EUR im investiven Bereich zu verzeichnen.

Unter den gegebenen Bedingungen könnte keine Kreditaufnahme erfolgen; der HH würde von der KAB so nicht genehmigt werden.

Der Geschäftsbereichsleiter verteilt sodann an die HFA-Mitglieder eine Übersicht über investive Anschaffungen / Planung 2012. Er erinnert daran, dass diese Positionen für das Jahr 2010 völlig gestrichen wurden; für 2011 hatte der HFA die Ansätze um mind. die Hälfte gekürzt. Es komme erschwerend hinzu, dass man die Investitionszuschüsse nicht in dem im Voraus berechneten Umfang erhalten wird.

Das HH-Konsolidierungsprogramm wird entsprechend weitergeführt. Es deutet sich allerdings bereits zum jetzigen Zeitpunkt an, dass es in Bezug auf die Gewinnausschüttungen der Unternehmen, insbesondere der Neubi und der WBG, Einbußen geben wird.

Die **Oberbürgermeisterin** bittet die HFA-Mitglieder, die Liste über die investiven Anschaffungen 2012 in den einzelnen Gremien zu beraten, damit man sich in der nächsten Sitzung der Arbeitsgruppe Haushaltskonsolidierung mit der Problematik beschäftigen kann.

Auf die Frage von **Herrn Herder** nach dem Stand der Fortschreibung der Eröffnungsbilanz teilt Herr Hülßner mit, dass derzeit die Abschlussbilanz 2010 erarbeitet wird. Prüfergebnisse liegen mittlerweile vor. Man ist dabei, die Dinge für den Rechnungsprüfungsausschuss aufzuarbeiten. Es wird davon ausgegangen, dass zumindest für das Jahr 2010 bis zum Jahresende der Hauptteil abgearbeitet sein wird.

Herr Kosmehl hinterfragt zu den investiven Anschaffungen, wie es sich mit den Kindereinrichtungen verhält, die ja in freie Trägerschaft überführt werden sollen. Weshalb wolle die Stadt dafür noch erhebliche investive Anschaffungen tätigen?

Frau Wust bemerkt, dass die Übertragung an freie Träger sukzessive erfolgen wird. Sie nimmt den Hinweis von Herrn Kosmehl nochmals auf und wird diese Angaben zu den investiven Anschaffungen wiederholt prüfen lassen.

Herr Kosmehl bezieht sich auf die Problematik Vergaben, über die hauptsächlich im BuVA befunden wird. Er würde sich wünschen, dass man Firmen aus dem Stadtgebiet Bitterfeld-Wolfen verstärkt berücksichtigen sollte.

Frau Wust verweist auf die Vergabestatistik, wo ersichtlich ist, dass viele Aufträge an einheimische Firmen vergeben werden. Es müssen aber auch die Gesetzlichkeiten eingehalten werden, d.h. man ist gezwungen auszuschreiben und die Aufträge an die preiswertesten Bieter zu vergeben. Außerdem treffen die Bauausschussmitglieder letztendlich die Entscheidungen.

Frau Wust teilt mit, dass der ursprünglich festgelegte Termin mit dem Finanzminister, Herrn Bullerjahn, u.a. aufgrund des neuen FAG abgesagt wurde. Ein neuer Termin steht noch aus.

Wie sie informiert wurde, sollen voraussichtlich Mittel in Höhe von 30 Mio. EUR, die u.a. aus dem "Topf" der Zusammenschlüsse der Städte und Gemeinden stammen, für diejenigen Kommunen bereitgestellt werden, die bisher noch nicht davon profitiert haben, wozu auch die Stadt Bitterfeld-Wolfen zählt.

Herr Hülbner weist noch einmal auf die nächste Sitzung der Sonderarbeitsgruppe Haushaltskonsolidierung am 20.10.11 hin. Es werden u.a. die weiteren Schritte zum Thema Aufgabenkritik beraten, wo weitere Ideen und Anregungen gefragt sind.

Die **OB** bittet an dieser Stelle darum, in den Ausschüssen und Ortschaftsräten auf die prekäre HH-Situation einzugehen, vor allem, wenn konkrete Dinge im Rahmen der Haushaltskonsolidierung dann zur Diskussion bzw. zur Entscheidung im Stadtrat anstehen (u.a. Kindereinrichtungen, Tiergehege etc.).

Herr Hülbner informiert, dass man im Ausschreibungsverfahren bzgl. der Kassenkredite feststellen musste, dass sich die Kreissparkasse hier nicht mehr beteiligt. Insofern sei man nun auf andere Banken angewiesen. Daher müsse auch der Umgang mit dem Geschäftskonto der Kreissparkasse überdacht werden.

Frau Lorenz hinterfragt, wie sich die Dinge hinsichtlich des Kassenkredits entwickeln. Wie verfährt man generell mit der Situation, wenn sich z.B. das gegenwärtig niedrige Zinsniveau ändert?

Herr Hülbner bemerkt, dass sich alle Kommunen vom Grundsatz her in der Gewährträgerschaft des Landes befinden. Es ist eigentlich ein Problem, das den Finanzausgleich aller Kommunen betrifft. Es muss entsprechend reagiert werden, wenn das Zinsniveau wieder steigt. Kassenkredite können allerdings nicht in langfristige Kredite umgewandelt werden. Im Zuge der Haushaltskonsolidierung ist man bemüht, den Kassenkreditrahmen in Höhe von 75 Mio. EUR nicht weiter zu überschreiten.

Herr Dr. Baronius verweist auf einen Artikel in der letzten Ausgabe des Kommunalinformationsdienstes unter der Überschrift, dass Kommunen kein Geld mehr von den Kassen erhalten.

Frau Wust äußert, dass ihr nicht bekannt sei, ob hier nur von Seiten der Sparkassen so reagiert wird oder auch von Seiten anderer Banken. Sie wird die Problematik im Rahmen der nächsten Zusammenkunft der "Großen kreisangehörigen Städte" ansprechen.

Herr Dr. Welsch spricht das Thema "Aktives Zinsmanagement" an, dass vor ca. 2 Jahren schon einmal Thema war. Er fragt, ob dieses generell "vom Tisch" ist.

Frau Wust bemerkt, dass man das Thema noch einmal aufgreifen kann, wenn es von den Räten gewollt ist.

Herr Hülßner meint, dass hierbei beachtet werden muss, dass man am Umschuldungsprogramm "STARK II" beteiligt ist, wodurch die Investitionskredite weitestgehend gebunden sind.

Im Hinblick auf die Planung 2012 bringt er nochmals zum Ausdruck, dass die Kommunalaufsicht darauf wartet, dass der Stadtrat der Stadt Bitterfeld-Wolfen mit entsprechenden Aktionen Aktivitäten bzgl. der HH-Konsolidierung zeigt.

Herr Hülßner verweist des Weiteren auf das Thema Landesgartenschau, wofür sich die Stadt Bitterfeld-Wolfen beworben hat, was allerdings von der Kommunalaufsicht aufgrund der prekären Haushaltslage als äußerst kritisch betrachtet wird.

Ferner wurde nochmals von der Kommunalaufsicht verdeutlicht, dass die Stadt über eine überdimensionale Kassenkreditermächtigung verfügt, die bereits als eine Art Liquiditätshilfe des Landes interpretiert werden sollte. Nach wie vor ist im Verlaufe des Haushaltsjahres 2012 davon auszugehen, dass sich der zusätzliche Liquiditätsbedarf auf mind. 84 Mio. EUR erhöhen wird, was die KAB in ihrer Verfügung zum Haushalt 2011 dem Grunde nach auch nachvollzogen hat. Deshalb sollte man zeitig genug mit den Diskussionen zum Haushalt 2012 beginnen.

Außerdem weist Herr Hülßner noch einmal auf die Diskussionen zum FAG 2012 hin. Dazu gibt es einen Regierungsentwurf und einen entsprechenden Entwurf der LINKEN. Im Regierungsentwurf gehe es im Wesentlichen um Kürzungen der Finanzausgleichsmasse in Höhe von ca. 100 Mio. EUR. Unter Berücksichtigung der Lage der Kommunen geht die LINKE. davon aus, dass hier die Zuweisungsmasse um mehr als 100 Mio. EUR erhöht werden müsste, womit sie den Vorschlägen des Städte- und Gemeindebundes näherkommt.

Ein weiterer Punkt, auf den der GB-Leiter eingeht ist, dass in der Koalitionsvereinbarung eine unklare Formulierung hinsichtlich der Weiterführung der Doppik enthalten war. Es sollte ein sogenanntes "Wahlrecht" eingeführt werden. Man gehe jetzt allerdings eindeutig davon aus, dass die Zielrichtung die Doppik bleibt.

zu 5 Informationen durch Frau Köckeritz, Vorsitzende des AZV "Westliche Mulde"

Frau Wust bittet die HFA-Mitglieder um Einverständnis, dass Frau Köckeritz, Vorsitzende des Abwasserzweckverbandes "Westliche Mulde" an dieser Stelle einige Ausführungen macht. Es gibt keinen Widerspruch.

Frau Köckeritz führt aus, dass die jetzige Gemeinde Muldestausee den Antrag für den OT Muldenstein gestellt hat, Mitglied im ZV "Westliche Mulde" zu werden. In Muldenstein selbst gibt es eine eigene Kläranlage, die bisher von einem Eigenbetrieb betrieben wurde, der allerdings Ende des Jahres aufgelöst werden soll. Der AZV will das bestehende System übernehmen und zunächst erst einmal weiterführen. Der AZV hat darum gebeten, die Verhandlungen so zu führen, dass Muldenstein in das Verbandsgebiet komplett aufgenommen wird. Die Satzung würde dann ab 01.01.2012 gelten.

Es sollen dann auch die gleichen Gebühren für das Territorium gelten und keine Nachteile für die anderen Mitglieder des AZV "Westliche Mulde" entstehen. Da der Jahresabschluss 2011 als Grundlage der Übernahme noch nicht vorliegt, wurden die Zahlen auf der Basis des Jahresabschlusses 2009

	<p>und 2010 entsprechend aufbereitet. Es wurde ermittelt, welches Anlagevermögen und welche Kredite zu übernehmen sind und welche Beiträge in die Auflösung gehen.</p> <p>Neben der eigentlichen Satzungsänderung ist auch ein Vertrag abzuschließen, unter welchen Bedingungen dieses Gebiet übernommen wird, wie der rechtliche Rahmen ist und wie die personellen Angelegenheiten geregelt werden.</p> <p>Die Dinge sind mit der Kommunalaufsicht abgestimmt. Der AZV ist kein Rechtsnachfolger des Eigenbetriebes. Es wird ab 01.01.2012 auf der Grundlage des Anlagevermögens und der Kreditverbindlichkeiten neu begonnen. Aus der Vergangenheit werden keine anderen Verbindlichkeiten übernommen. Die Beschlussfassung wird im Gemeinderat am 26.10.11 und im ZV "Westliche Mulde" am 07.11.11 erfolgen.</p> <p>Frau Köckeritz geht sodann auf Anfragen von Seiten der HFA-Mitglieder ein.</p> <p>Die OB bittet Herrn Tetzlaff als Vertreter der Stadt Bitterfeld-Wolfen in der Verbandsversammlung des AZV "Westliche Mulde" kurz im Stadtrat darüber zu berichten und ein entsprechendes Votum der Stadträte einzuholen.</p>	
<p>zu 6</p>	<p>Vorbereitung der Stadtratssitzung am 19.10.11</p>	
<p>zu 6.1</p>	<p>6. Satzung zur Änderung der Satzung der Stadt Bitterfeld-Wolfen über die Entschädigung für ehrenamtlich tätige Bürgerinnen und Bürger (Aufwandsentschädigungssatzung) vom 18.07.2011</p> <p>Die Oberbürgermeisterin gibt Erläuterungen zum BA und verweist auf die Änderung zum BA, die im Mandatos eingestellt und den Papierempfängern zur heutigen Sitzung noch zur Verfügung gestellt wird.</p> <p>Herr Herder meint, dass die Formulierung in der Satzung zu kompliziert sei.</p> <p>Er verweist auf eine Entschädigungssatzung, die er von der Stadt Weißenfels aus dem Internet entnommen hat. Dort lautet es u.a.: "Mitglieder der freiwilligen Feuerwehr im Einsatzdienst erhalten eine Aufwandsentschädigung in Höhe von ...". Des Weiteren lautet es: "Mitglieder der freiwilligen Feuerwehr im Einsatzdienst, die im Falle einer Alarmierung Bereitschaftsdienst auf der Feuerwache leisten, erhalten eine Aufwandsentschädigung in Höhe von ..." Dies sei für ihn eindeutig formuliert.</p> <p>Die Oberbürgermeisterin schlägt Herrn Herder vor, einen Änderungsantrag zu formulieren und ihr diesen umgehend zuzusenden. Sie würde diesen inhaltlich prüfen lassen und ggf. übernehmen. Sie bringt nochmals zum Ausdruck, dass man eigentlich keine Änderung benötigen würde, wenn man nach der bisher bestehenden Satzung richtig gehandelt hätte, wie es bei allen kleineren Wehren der Fall gewesen sei. Lediglich bei den beiden großen Wehren gab es Probleme, indem falsch abgerechnet wurde.</p> <p>Nach weiteren Diskussionen bittet Frau Wust zunächst erst einmal die HFA-Mitglieder um ihr Votum zum vorliegenden BA (<i>einschl. Änderung der Verwaltung</i>):</p> <p style="text-align: right;">mit Änderungen empfohlen</p>	<p>Beschlussantrag 174-2011</p> <p>Ja 7 Nein 0 Enthaltung 1</p>

<p>zu 6.2</p>	<p>Änderung der Satzung der Stadt Bitterfeld über die Benutzung der Städtischen Notunterkünfte</p> <p>Die Beschlussanträge 170-, 175-, 176 und 177-2011, wo es um die Städtischen Notunterkünfte geht, werden im Zusammenhang behandelt.</p> <p>Herr Herder fragt, woher die Mietsteigerung von 3,20 € auf 3,90 € kommt und ob es sein könnte, dass hier die Gesamtkosten an Miete aus 2010 zu Grunde gelegt wurden, ohne den Mietanteil von dem Objekt, das geschlossen werden soll, abzuziehen. Wenn man ein Objekt nicht mehr betreibt, müsste sich seiner Meinung der Mietaufwand reduzieren. Die Kosten sind für ihn nicht schlüssig. Er bittet um eine entsprechende Information zur Kostenkalkulation, so dass zur Stadtratssitzung eine Aussage getroffen werden kann.</p> <p>Die OB bemerkt, dass die Kosten, wie bereits in den vergangenen Jahren, immer angepasst werden. Sie wird die Gebührenkalkulation nochmals prüfen lassen und entsprechend untersetzen.</p> <p>Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt dem Stadtrat den BA 170-2011 zur Beschlussfassung.</p> <p style="text-align: right;">mehrheitlich empfohlen</p>	<p>Beschlussantrag 170-2011</p> <p>Ja 7 Nein 0 Enthaltung 1</p>
<p>zu 6.3</p>	<p>4. Satzung zur Änderung der Satzung der Stadt Bitterfeld über die Erhebung von Gebühren für die Städtischen Notunterkünfte</p> <p>Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt dem Stadtrat den BA 175-2011 zur Beschlussfassung.</p> <p style="text-align: right;">mehrheitlich empfohlen</p>	<p>Beschlussantrag 175-2011</p> <p>Ja 7 Nein 0 Enthaltung 1</p>
<p>zu 6.4</p>	<p>Satzung der Stadt Bitterfeld-Wolfen über die Benutzung der Städtischen Notunterkünfte</p> <p>Es wird darauf hingewiesen, dass bei den BAs 176 und 177-2011 vom Einreicher hinter den Straßennamen der Notunterkünfte der Ortsteil zu ergänzen ist. Die OB bestätigt, dass die Ergänzung noch vorgenommen wird.</p> <p>Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt dem Stadtrat den BA 176-2011 zur Beschlussfassung.</p> <p style="text-align: right;">einstimmig empfohlen</p>	<p>Beschlussantrag 176-2011</p> <p>Ja 8 Nein 0 Enthaltung 0</p>
<p>zu 6.5</p>	<p>Satzung der Stadt Bitterfeld-Wolfen über die Erhebung von Gebühren für die Städtischen Notunterkünfte</p> <p>Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt dem Stadtrat den BA 177-2011 zur Beschlussfassung.</p> <p style="text-align: right;">mehrheitlich empfohlen</p>	<p>Beschlussantrag 177-2011</p> <p>Ja 7 Nein 0 Enthaltung 1</p>
<p>zu 6.6</p>	<p>Abwägung der Stellungnahmen zur Aufhebungssatzung des Bebauungsplanes Nr. 003 "Marler Platz" im Ortsteil Bitterfeld.</p> <p>Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt dem Stadtrat den BA 188-2011 zur Beschlussfassung.</p> <p style="text-align: right;">einstimmig empfohlen</p>	<p>Beschlussantrag 188-2011</p> <p>Ja 8 Nein 0 Enthaltung 0</p>
<p>zu 6.7</p>	<p>Satzungsbeschluss zur Aufhebung des Bebauungsplanes Nr. 003 "Marler Platz" im Ortsteil Bitterfeld</p>	<p>Beschlussantrag 189-2011</p>

	<p>Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt dem Stadtrat den BA 189-2011 zur Beschlussfassung.</p> <p style="text-align: right;">einstimmig empfohlen</p>	<p>Ja 8 Nein 0 Enthaltung 0</p>
zu 6.8	<p>1. Änderung zum Bebauungsplan "Wassersportzentrum" im OT Bitterfeld, hier: Zwischenabwägung der Stellungnahmen</p> <p>Die Nachfrage von Herrn Dr. Baronius, ob er bei diesem BA befangen ist, ergibt, dass dies nicht der Fall ist.</p> <p>Frau Lorenz äußert sich kritisch zur Problematik der Straße, die durch den Campingplatz führt. Auf ihre Frage, ob die IPG künftig das Areal betreiben wird, bemerkt Herr Dr. Baronius, dass dies der Fall sei, bis ein neuer Käufer gefunden wird. Dieser müsste dann auch akzeptieren, dass durch den Campingplatz eine öffentliche Straße führt.</p> <p>Frau Wust bemerkt, dass die Straße benötigt wird, damit der Campingplatz überhaupt funktioniert. Mit dem Straßenbau werden entsprechende Versorgungsleitungen gelegt. Es soll eine Erschließungsstraße für den Campingplatz bzw. für die "Schwimmenden Häuser" sein.</p> <p>Herr Dr. Baronius meint bzgl. der Straße, dass für einen Campingplatz auch bestimmte "Ruhezeiten" einzuhalten sind. Dies sei bisher in dem B-Plan nicht berücksichtigt worden. Obwohl die Straße nicht Gegenstand des Beschlussantrages ist, wird er dennoch zum Stadtrat den Antrag stellen, dass sich die Stadt Gedanken machen sollte, diese Straße verkehrsrechtlich so zu gestalten, dass dort keine Durchfahrtsstraße entsteht, die den Campingplatz in Frage stellt. Möglich wäre z.B., am Anfang und Ende der Straße eine Schranke anzubringen. Er bittet ausdrücklich um eine Protokollnotiz darüber.</p> <p>Frau Wust bemerkt, dass sie damit kein Problem habe. Ein Schrankensystem würde der Sicherheit dienen und die Straße würde trotzdem öffentlich bleiben.</p> <p>Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt dem Stadtrat den BA 193-2011 zur Beschlussfassung.</p> <p style="text-align: right;">mehrheitlich empfohlen</p>	<p>Beschlussantrag 193-2011</p> <p>Ja 7 Nein 0 Enthaltung 1</p>
zu 6.9	<p>1. Änderung und Ergänzung des Bebauungsplans "Wassersportzentrum" im OT Bitterfeld, hier: Billigung und erneute Auslegung</p> <p>Herr Dr. Baronius bemerkt, dass er beabsichtigt, zum BA einen Änderungsantrag einzubringen. Es habe sich seit der letzten Fassung des B-Plans Erhebliches geändert. Im SO 11 ist eine private Freifläche hinzugekommen - mit dem Buchstaben A in der Zeichnung zum B-Plan gekennzeichnet - die neuerdings eingezäunt werden soll. In dem SO 10 ist enthalten, dass die ganze mittlere Fläche, die zwar jetzt einen Abstand zum Ufer lässt, eingezäunt werden darf. Sein Änderungsantrag würde dahin gehen, dass für beide Flächen keine Einzäunung zugelassen werden sollte. Bei den beiden anderen Flächen könnte man sich auf eine Einzäunung bis auf 30 % des gesamten Areals beschränken. Er fragt, ob dies möglich wäre. Die OB, Frau Wust, bittet Herrn Dr. Baronius, an sie einen entsprechenden</p>	<p>Beschlussantrag 194-2011</p>

	<p>Änderungsantrag zu schicken. Sie würde diesen dann prüfen lassen. Wenn es rechtlich möglich wäre, würde sie diesen übernehmen, wenn nicht, müsste darüber im Stadtrat abgestimmt werden.</p> <p>Herr Herder äußert, dass er diesem BA nicht zustimmen wird. Er ist der Meinung, die Parkplätze hätten dort nicht errichtet werden sollen; man hätte dafür andere Flächen finden können.</p> <p>Frau Lorenz bemerkt, dass es bzgl. des Areals SO 10 nach wie vor lautet: "Sondergebiet Schiffsliegefläche" und dass in diesem Sondergebiet eine kombinierte Steg-/Slipanlage mit angrenzendem Schiffsliegeplatz zulässig sei. Diese kann im Sommer von den Wassersportvereinen als normaler Steg genutzt werden. Wenn dieses Areal dann allerdings mit einem Zaun eingefriedet ist, hält sie es für fragwürdig, wie die Wassersportvereine dort an das Wasser herankommen sollen. Sie könne dieser Sache daher nicht zustimmen.</p> <p>Herr Dr. Baronius meint, dass er deswegen seinen Änderungsantrag stellen würde.</p> <p>Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt dem Stadtrat den BA 194-2011 zur Beschlussfassung.</p>	
<p>zu 6.10</p>	<p>Reduzierung der Tiergehege aus kommunaler Trägerschaft von drei Tiergehegestandorten auf ein Tiergehege</p> <p>Die OB bemerkt, dass mittlerweile 150 Unterschriften von Reudener Bürgern vorliegen, die um das Tiergehege kämpfen. Der Stadtrat hatte mit dem Konsolidierungskonzept beschlossen, zwei Tiergehege zu schließen. Jetzt liegt ein Beschlussantrag vor. Unbenommen davon ist, dass man wegen des Tiergeheges im OT Bitterfeld mit dem Bildungsträger "Planen und Bauen" und mit dem Initiativkreis im Gespräch sei, dass sie das Tiergehege evtl. übernehmen. Sie hatte im OT Reuden auch mit dem Feuerwehrverein gesprochen. Es wird noch ein weiteres Gespräch stattfinden. Voraussetzung sei, dass die zwei Tiergehege, die zur Disposition stehen, erst einmal "entrümpelt" werden, damit ein Privater bzw. freier Träger das Tiergehege auch ordnungsgemäß übernehmen könnte. Vorstellbar wäre ein Wildgehege, wo alle anderen Tiere, außer Wildtiere, ausgelagert werden. Auch im Bitterfelder Tiergehege sollten dann nur noch bestimmte Tiere vorhanden sein und die Kosten so weit reduziert werden, dass diese auch ein Dritter tragen könnte.</p> <p>Herr Tetzlaff informiert, dass die Fraktion einen Änderungsantrag einbringen wird. Er verweist auf den Antragsinhalt. Die Formulierung im Satz "...und plädiert für den ..." sollte gestrichen und stattdessen formuliert werden: "...mit der Arbeitsrichtung Erhalt des Tiergeheges im OT Greppin." Des Weiteren sollte ein zweiter Anstrich mit folgendem Wortlaut angefügt werden: "Alternativ kann für die Tiergehege in den Ortsteilen Bitterfeld und Reuden ein privater Betreiber gesucht werden, der die Einrichtungen für die Stadt Bitterfeld-Wolfen kostenneutral weiterführt."</p> <p>Die OB betrachtet diesen Antrag zunächst erst einmal als positiv. Sie wird diesen prüfen lassen.</p> <p>Herr Krillwitz äußert, dass der Ausschusses SBKJS den Antrag</p>	<p>Ja 4 Nein 1 Enthaltung 3</p> <p>Beschlussantrag 195-2011</p>

mehrheitlich abgelehnt hat. Der Ausschuss hat empfohlen, den BA wie folgt zu fassen: "Der Stadtrat der Stadt Bitterfeld-Wolfen beschließt auf der Grundlage des HH-Konsolidierungsprogramms die Minimierung der Kosten der Tiergehege." Bis zum 31.11.11 sind freie Träger zu finden.

Die **OB** meint, dass dies so nicht funktionieren könne. Man ist zwar mit möglichen freien Trägern in Gesprächen, doch könne nicht verlangt werden, dass in 4 Wochen eine endgültige Lösung gefunden sein wird. Außerdem ist nicht nur die Verwaltung, sondern es sind genauso die Stadträte angehalten, sich um freie Träger zu bemühen.

Herr Dr. Welsch bemerkt, dass er einem Antrag, der allein auf Reduzierung und Minimierung ausgerichtet ist, nicht zustimmen könne. Es liege keine Konzeption vor und es wird kein Ausblick in die Zukunft gegeben.

Frau Wust weist noch einmal ausdrücklich darauf hin, dass die Reduzierung der Tiergehege aus kommunaler Trägerschaft vom Stadtrat im Rahmen des Haushaltskonsolidierungsprogrammes beschlossen wurde. Sollte natürlich ein freier Träger dafür gefunden werden, wäre es positiv. Man muss erst einmal eine Arbeitsrichtung haben.

Herr Herder stellt die Frage, weshalb man nicht alle drei Tiergehege ausschreibt. Wenn sich niemand daraufhin meldet, dann sollte man erst versuchen, andere Wege zu finden, um von den Kosten herunterzukommen. Man könnte die Kosten für die Tiergehege möglicherweise auch mit Brauchtumsmitteln abdecken.

Frau Wust fragt, weshalb man die Forderung bzgl. einer Ausschreibung nicht schon früher einmal gestellt hat.

Herr Krillwitz äußert, dass sich der Verein Pro Wolfen sowohl an den zuständigen Bereich in der Verwaltung, als auch an den Landkreis mit der Anfrage gewandt hatte, welche Voraussetzungen für die Betreuung eines Tiergeheges überhaupt notwendig sind.

Herr Dr. Baronius meint, dass man angesichts der prekären HH-Lage nach außen darstellen müsse, dass man sich bemühe, auch mit unangenehmen Einschnitten einzusparen. Wenn man jetzt Tiergehege schließe, habe man Signale gegenüber der Bevölkerung, dass die Lage tatsächlich sehr ernst sei und gehandelt werden müsse. Er verweist auf andere Städte, wo aufgrund der schlechten Haushaltssituation viele städtische Einrichtungen geschlossen werden mussten. Sollten andere Betreiber für die Tiergehege gefunden werden, wäre es natürlich um so besser.

Nach weiterer Diskussion sprechen die HFA-Mitglieder mit nachfolgendem Votum dem Stadtrat keine Empfehlung zum BA 195-2011 in der vorliegenden Fassung aus.

Zum von **Herrn Tetzlaff** im Namen der CDU-Fraktion an die OB übergebenen Änderungsantrag zum BA 195-2011 bemerkt die **OB**, dass sie diesen prüfen lassen und ggf übernehmen werde. Sie wird Herrn Tetzlaff über die weitere Verfahrensweise informieren.

nicht empfohlen

Ja 3 Nein 3
Enthaltung 2

<p>zu 7</p>	<p>Mitteilungen, Anfragen, Anregungen, Berichte</p> <p>Die Oberbürgermeisterin informiert über folgende Punkte: Der Arbeitsbesuch des Finanzministers Herrn Bullerjahn am 22.10.11 wurde kurzfristig abgesagt; ein neuer Termin ist für den 09.11.11 in Magdeburg anberaumt worden. Der Initiativkreis hat am 22.09.11 Wahlen durchgeführt; Herr Klaus Krüger ist weiterhin Geschäftsführer. Zum Tag der offenen Tür im ChemiePark gab es eine große Resonanz. Das Projekt "Schicht" war ebenso mit vertreten. Es fand das Reitturnier im OT Greppin statt, das mittlerweile zum guten Aushängeschild für die Stadt geworden sei. Des Weiteren wurde an der Goitzsche eine Automobilmesse durchgeführt. Es wurde kritisiert, dass sich die Stadt finanziell nicht daran beteiligte. Die OB meint dazu, dass dies die Firmen selbst regeln sollten. Man wird sehen, wie man für derartige Dinge zukünftig eine Lösung findet. Es fand ein Besuch von zwei Geschäftsführern von "Infracor" des Chemieparkes von Marl statt. Sie zeigten sich sehr positiv überrascht über den ChemiePark am Standort Bitterfeld-Wolfen. Am 28.09. wurde die Bildungsmesse vom Schulclub des Gymnasiums in den Stadtwerken durchgeführt, die eine große Resonanz fand. Am Wochenende vom 1. bis 3.10.11 wurde in Mallnitz das 15-jährige Bestehen der Wolfener Hütten gefeiert. Am 12.10.11 erfolgte die Übergabe des neuen Jugendclubs "Linde" im OT Bitterfeld. Heute fand die Grundsteinlegung der KE "Traumzauberbaum" im OT Bitterfeld statt. Außerdem wurde am heutigen Tage ein Gesprächstermin beim Minister für Landwirtschaft/Umwelt, Herrn Dr. Aeikens, zu den Themen Goitzsche, Hochwasser und Strengbach wahrgenommen. Am Hochwasserschutz wird mit Hochdruck gearbeitet. Zur Goitzsche wurde nochmals gesagt, dass der Wasserstand auf 75 NN gehalten werden soll. Herr Dr. Baronius ergänzt, dass die LMBV zusagte, das Auslaufbauwerk an der Goitzsche (früher Einlaufbauwerk) innerhalb von zwei Jahren nicht zurückzubauen. Man habe gemeinsam signalisiert, dass großes Interesse am Weiterbestand des Bauwerkes bestehe. Frau Wust informiert, dass es demnächst einige Firmenbesuche in der Solarindustrie geben wird. Über Q-Cells gab es in den Medien viele Informationen. Die Situation ist überaus ernst. Herr Dr. Baronius verweist auf den Tag der offenen Tür der Chemie. Er habe dabei die Aktivitäten der Schulen und der Lehrer vermisst. Zum Wirtschafts- und Umweltausschuss am 11.10. war man im TGZ. Hier kam auch zum Ausdruck, dass u.a. Schüler aus Sachsen das TGZ aufsuchen. Die Schulen aus Bitterfeld-Wolfen lassen sich allerdings dort nicht sehen. Er stellt die Frage, ob sich die Stadt und das TGZ nicht gemeinsam eine Kampagne, z.B. über das Amtsblatt, überlegen könnten, um in den Schulen entsprechendes Interesse zu wecken. Frau Wust meint, dass man sich direkt an die Schulen wenden sollte. Ein Aufruf würde nicht den Effekt bringen. Das Problem sei, dass kaum Wissensdurst bei derartigen Dingen bestehe. Sie bemängelt auch das offenbar mangelnde Interesse der Lehrer an der Bildungsmesse, wenn nicht gerade der Schulclub integriert sein würde. Die Frage von Herrn Herder, ob mit der Neueröffnung des Jugendclubs "Linde" auch der Trägerschaftswechsel erfolgt ist, wird von der OB bejaht.</p>	
-------------	---	--

	<p>Herr Herder äußert darauf, dass der neue Träger eigentlich kein Geld vom LK erhalten dürfte. Der OB sei dies nicht bekannt.</p> <p>Des Weiteren hinterfragt Herr Herder den Stand hinsichtlich der Problematik des Internet-Zugangs der freiwilligen Feuerwehr.</p> <p>Die OB, Frau Wust, bringt zum Ausdruck, dass die freiwillige Feuerwehr keine Web-Seite erhält. Es könne nicht sein, dass fünf Feuerwehren eine eigene Web-Seite haben. Es existiert eine Web-Seite der Stadt, wo sich die Feuerwehren unter dem Namen der Stadt mit einklinken können. Es gibt Internet-Zugänge für die hauptamtliche Feuerwehr der Ortsteile Wolfen, Wolfen-Nord, Thalheim und Bitterfeld. Alle anderen erhalten keinen Zugang. Sie weist nochmals ausdrücklich darauf hin, dass die Verantwortung bei der Stadt Bitterfeld-Wolfen liegt.</p> <p>Auf die nochmalige Nachfrage von Herrn Herder zur Ausschilderung des Fußradweges bittet die OB, seine Anfragen schriftlich zu stellen. Es müsste sich der Ausschuss damit beschäftigen.</p> <p>Herr Herder erwähnt ferner, dass er mit dem Städtepartnerschaftsverein in Villefontaine war. Er fragt, wie er mit einem an ihn übergebenen Geschenk verfahren soll.</p> <p>Frau Wust meint, dass dies Herrn Herder, der offizieller Vertreter der Stadt in Villefontaine war, selbst überlassen sei, entweder dieses in der Verwaltung abzugeben oder zu behalten.</p> <p>Frau Lorenz spricht nochmals die Problematik Parkplatz an der Goitzsche im OT Bitterfeld an. Es würde bedeuten, dass das geplante Pflegeheim direkt neben die Sporteinrichtung gebaut werden würde. Sie verweist auf die Sportanlagen-Lärmschutzverordnung. Hier sei bei den Immissionsrichtwerten z.B. bei Mischgebieten eine Dezibel-Zahl von 60 außerhalb der Ruhezeiten angegeben. In Gebieten für Krankenhäuser und Pflegeanstalten geht man von 45 Dezibel aus. Es wird letztendlich auch gesagt, dass dann, wenn es irgendwelche Gemengelage dort gibt, entsprechend der Schutzbedürftigkeit zu urteilen sei. Dies würde ihres Erachtens möglicherweise bedeuten, wenn dort wirklich gebaut wird, dass wieder entsprechende Gutachten erbracht werden müssen. Man sollte diese Dinge sensibel handhaben. Ihrer Meinung nach sei es aus städteplanerischer Sicht sehr ungünstig, dort neben dem Sportgelände das Pflegeheim zu bauen.</p> <p>Frau Wust bringt zum Ausdruck, dass die Stadt eigentlich nur mittelbar mit der Problematik zu tun habe, da dies Privatgelände sei. Im Zuge der Genehmigung des Bauantrages wird zu klären sein, ob der Bau an dieser Stelle möglich ist oder der Lärmschutz dem entgegensteht.</p>	
zu 8	Schließung des öffentlichen Teils Die Oberbürgermeisterin schließt um 20:50 Uhr den öffentlichen Teil der Sitzung.	

gez.
Petra Wust
Ausschussvorsitzende

gez.
Ilona Bütow
Protokollantin